

## **Kleine Anfrage 4255**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Investitionspauschalen für den Wohnverbund Oderberg und das Übergangswohnheim Oderberg**

Platz für bis zu 80 Flüchtlinge bietet das 2015 eröffnete Übergangswohnheim Oderberg. Träger des Wohnheims ist das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk, das bereits den Wohnverbund am Platz der Einheit in Oderberg und eine ähnliche Einrichtung in Joachimsthal leitet. Mit Schreiben vom 19.08.2018 wurden gegenüber der Landkreisverwaltung Barnim vom Betreiber des ehemaligen Wohnverbundes Oderberg (Platz der Einheit) und des Übergangswohnheim Oderberg (Hermann-Seidel-Straße 54) insgesamt ca. 115.000 Euro angemahnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Für welche der beiden o.g. Einrichtungen wurden die rechtlich vorgeschriebenen bzw. vertraglich vereinbarten Investitionspauschalen in Höhe von 115.000 Euro nicht bezahlt?
2. Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Umgang mit diesen zweckgebundenen Landesmitteln im Rahmen des „Projekts Asyl“ an beiden Standorten?
3. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung das „Projekt Asyl“ inhaltlich und finanziell ausgestaltet worden und welche rechtlichen Grundlagen hatte es?
4. Wie sind diese in Frage stehenden ca. 115.000 Euro eingesetzt worden?
5. Wie waren / sind die zuständigen Landesbehörden in diesen Prozess eingebunden?
6. Beabsichtigt die Kreisverwaltung oder die Landesregierung die Vorgänge um die nicht gezahlten Investitionspauschalen näher zu überprüfen?